

Rudolf Walther

Politische Literatur zur europäischen Krise

Dass sich Europa in einer schweren Krise befindet, ist buchstäblich daran ablesbar, dass viele (Europa und der EU durchaus zugeneigte) Intellektuelle sehr besorgte Essays vorlegen. Vier davon werden hier vorgestellt.

Wie ernst die Lage eingeschätzt wird, verdeutlicht der dramatisierende Titel von Ulrich Becks Essay *Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise*. Die Überschrift zu Becks Einleitung treibt die Dramatik noch eine Stufe höher: »Deutschland vor der Entscheidung über Sein oder Nichtsein Europas.«

Das Berliner Parlament koppelte seine Hilfe für Griechenland an Bedingungen, die an eine »Aushöhlung der Selbstbestimmung des griechischen Volkes« grenzen. Können jetzt Demokratien über andere Demokratien bestimmen? Verdient ein Schuldnerstaat Entmündigung und verliert er obendrein seine demokratische Würde? Allein diese Fragen irritieren und verstimmen den Demokraten Beck. Die wirtschaftliche Macht Deutschlands hat dieses Land zur »Großmacht in Europa«, ja zum »Lehrmeister Europas« gemacht. Für Beck steht Deutschland vor der »historischen Entscheidung«, sich für oder gegen Europa zu entscheiden.

Die »Krisenbewältigungspolitik« der EU wie der Einzelstaaten öffnet die Augen für den tiefen Graben zwischen Regierenden und Regierten und entlarvt das »europäische Projekt« als eines »von oben, von den politisch-ökonomischen Eliten«, dem »von unten Widerstand« entgegengehalten wird. Die Sozialisierung der Verluste von Banken und von Risiken erzeugen in ganz Europa Wut, Protest, Fatalismus und Angst.

Das verbreitete Gefühl vieler Menschen, die Banken- und Schuldenkrise, ja die Welt nicht zu verstehen, interpretiert Beck mit dem Rekurs auf sein wichtiges



Rudolf Walther

(* 1944) ist Historiker und freier Publizist. Er arbeitet für Schweizer und deutsche Zeitungen und lebt in Frankfurt/M. Im Oktober Verlag erschien zuletzt die Essaysammlung: *Aufgreifen, begreifen, angreifen* als erster von drei Bänden.

rudolf.walther@t-online.de

Buch *Risikogesellschaft* (1986), in dem er das »um sich greifende Nichtwissen« als ein wesentliches Kennzeichen einer Dynamik darstellte, der westlich-kapitalistische Gesellschaften ausgeliefert sind. Risikogesellschaften sind »Könnte-Gesellschaften«, in denen alles explodieren könnte von den Atomkraftwerken über Chemiefabriken bis zu den Börsen, den Finanzmärkten und den demokratischen Verfassungen.

Die EU, daran lässt Beck bei aller Kritik an den politisch heute Verantwortlichen keinen Zweifel, ist eine wirtschaftliche und politische Erfolgsgeschichte: Sie hat aus Feinden Nachbarn gemacht und auch in vielen Landstrichen mehr Wohlstand ermöglicht dank eines Binnenmarktes für 500 Millionen Menschen. Freilich: Ein großes soziales und wirtschaftliches Gefälle zwischen den prosperierenden und den »abgehängten« Regionen, Generationen und Schichten ist geblieben. Aus der Montanunion wurde eine Freihandelsunion, aber zur Gründung einer Fiskal- und Sozialunion kam es nicht, »nationale Innenpolitik« dominierte in allen Mitgliedsstaaten. Dieses Defizit wurde in der Krise zum Problem.

Wie die Katastrophe – der Zerfall der Währungsunion – verhindert werden kann, weiß Beck: durch »neue Formen des Politischen«, d.h. durch »die Transformation der nationalstaatlichen Ordnung« in Richtung von »mehr Demokratie durch mehr Europa« im Zeichen von »Ausgleich«, »Versöhnung« und »Verhinderung von Aus-

beutung«. Ein »deutsches Europa« dagegen würde die Spaltung Europas vertiefen. Beck sieht die Lösung in der gleichzeitigen Einführung eines »europäischen Gesellschaftsvertrags« und einer demokratisch legitimierten »Haftungsunion«.

Pflichtenheft für die europäischen Bürger

Was die Stunde für Europa geschlagen hat, machen der deutsch-französische Europa-abgeordnete Daniel Cohn-Bendit und der ehemalige belgische Premierminister Guy Verhofstadt in ihrem Manifest *Für Europa!* von der ersten bis zu letzten Seite deutlich: »Für Europa ist es fünf vor zwölf«. Nicht nur das Ausrufezeichen im Titel drückt das aus. Die beiden Autoren wenden sich im Modus des Imperativs an ihre Leser: »Sei stolz Europäer zu sein.« »Bring europäische Föderalisten ans Ruder.« Das Manifest ist ein prall gefülltes Pflichtenheft für die europäischen Bürgerinnen und Bürger. Die Mitgliedsstaaten und ihr institutionelles Organ – der »Europäische Rat« der Regierungschefs – haben versagt und sind für die Autoren verantwortlich dafür, dass aus dem strahlenden Mädchen »Europa« der Gründergeneration »eine alte abgelebte Dame« bzw. ein »marginalisierter Kontinent« geworden ist. »Der Europäische Rat ist nichts anderes als das Syndikat der nationalen Interessen.« Cohn-Bendit und Verhofstadt fordern deshalb einen »großen Sprung« der EU aus dem Bund von Nationalstaaten heraus hin zu einem »wirklich vereinigten und föderalen Europa«. Weil die anstehenden Probleme weder lokal, noch regional oder national zu lösen sind, sondern nur global, wollen sie die politische Entscheidungsfindung internationalisieren.

Analytisch am ergiebigsten sind die Überlegungen der beiden Autoren zu Nation, Nationalismus und dem Fetisch »nationale Identität«, mit dem Nationalisten,

Populisten und Konservative ihre rückwärtsgewandte Perspektive modisch drapearieren und »Menschen in selbstgezimmerter Identitätsverschlägen einsperren«. Sie erinnern daran, dass Europa seinen ersten »Sprung nach vorn« nur schaffte durch den Import von Kompass, Papier und Schwarzpulver aus China.

Für den Bau des »postnationalen und föderativen Europas« setzen sie auf einen gesamteuropäisch regulierten Finanzmarkt, nichtfossile Energiegewinnung und eine gesamteuropäische Wirtschafts-, Sozial- und Haushaltspolitik, die sich an die selbst gegebenen Regeln – Haushaltsdisziplin und Solidarität – hält. Nur so, nicht durch nationalstaatliche Sonderwege oder Spardiktate, sind die europäischen Errungenschaften – Menschenrechte, Rechtsstaat, Sozialstaat und Demokratie – gegenüber der Konkurrenz aus Japan und China, Indien, Brasilien bis zu den USA und Russland aufrecht zu erhalten.

Das Essay des österreichischen Schriftstellers Robert Menasse spielt schon im Titel – *Der Europäische Landbote* – auf eine revolutionäre Schrift an – Georg Büchners *Hessischen Landboten*. Büchners Essay beginnt mit: »Friede den Hütten! Krieg den Palästen!« Auch Menasses langer Untertitel enthält sein politisches Programm: »Die Wut der Bürger und der Friede Europas oder Warum die geschenkte Demokratie einer erkämpften weichen muss.« Menasse erinnert daran, dass das »alte Europa« zwischen dem 16. und der Mitte des 20. Jahrhunderts ein veritables Menschen- und Völkerschlachthaus war. Diese blutige Geschichte war der »Vernunftgrund« für die Gründung von Montanunion, EWG, EG und EU. Und er zollt den von zwei Weltkriegen geprägten Gründungsvätern uneingeschränkten Respekt: »Damals waren Menschen am Werk, die politische Größe hatten.« De Gaulle, Adenauer, Monnet, Schuman, De Gasperi u.a. identifizierten den Nationalismus als Signatur der europäischen Geschichte und steuerten um.

Für Menasse ist das wohlfeile Gerede von EU-Kritikern (»Regulierungswahn«, »Gleichschaltung«, »Abkürzungswahn«, »Bürokratenmoloch«, »Monster«, »Superstaat«) nur noch lächerlich.

Entgegen den in der Boulevardpresse und an den Stammtischen gängigen Resentiments erlebte Menasse bei seinen Recherchen in Brüssel eine Bürokratie, die nicht nur offen und transparent ist, sondern auch schlank, billig und bescheiden. Sie beschäftigt weniger Beamte als die Wiener Stadtverwaltung und kommt mit einem Budget aus, das bloß 0,06 % des Sozialprodukts der EU ausmacht. Dass die Kommissarin für Kultur – das kleinste aller Ressorts – mit Menasse nicht reden wollte, weil sie befürchtete, zur Romanfigur zu werden, ist skurril. Dass der Kommissar für Wettbewerb und jener für Regionalförderung regelmäßig Dichterlesungen besuchen, gehört zum Alltag.

Europakritik als Nationalismus

Insbesondere in der auch von deutschen Gebildeten und solchen, die sich dafür halten, befeuerten EU- und Brüssel-Schelte entdeckt Menasse genau das, was sie ist: Produkt eines nur notdürftig camouflierten Nationalismus. »Die« Griechen bekommen das momentan zu spüren. »Einzigartig und skandalös ist, auf welch schamlose und geschichtsvergessene Weise die deutsche Regierungspolitik zusammen mit einigen Massenmedien den Popanz eines Sündenbocks aufbaute.« Die Schulden Griechenlands, die angeblich die EU und den Euro bedrohen, machen gerade einmal 2 % des Bruttosozialprodukts der EU aus.

Menasse macht den Europäischen Rat – den exklusiven Club der 27 Regierungschefs – als Pferdefuß in der EU aus. Der ist, im Gegensatz zum demokratisch gewählten Parlament, keine demokratisch legitimierte supranationale Institution, sondern

die Wagenburg zur Verteidigung nationaler Interessen. Dieser Rat, nicht die Brüsseler Kommission und nicht die Bürokratie, ist verantwortlich dafür, dass in der EU die Wahrung nationaler Souveränitätsrechte wichtiger ist als die nachnationale Entwicklung in Europa, d.h. die gemeinsame europäische Finanz-, Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik. – Mit Abstand der beste unter den vier Essays.

Der niederländische Schriftsteller Geert Mak geht in seinem Buch davon aus, »dass das Unvorstellbare« – dass der Euro und die EU scheitern – eintreten kann. Auch er rekapituliert die Geschichte der EU unter dem Imperativ, den Nationalismus zu bändigen und bilanziert dafür einen Erfolg – 40 Jahre Frieden in Europa. Die Aussichten, dass die EU den Weg aus der Krise findet, beurteilt Mak skeptisch und dämonisiert Brüssel – wie Hans Magnus Enzensberger – zur »amorphen Bürokratie, die sich überall einmischt, von der Zusammensetzung französischen Ziegenkäses, über die Mindestgröße von Kondomen bis zur Länge der Leitern der Fensterputzer in Amsterdam«. Das sind Stammtischparolen.

Für seine These, wir bezahlten »in gewisser Weise« mit der Krise »den Preis für die deutsche Wiedervereinigung«, d.h. den Deal Euro gegen Wiedervereinigung zwischen Helmut Kohl und François Mitterrand, bleibt Mak substanzielle Belege schuldig.

Mak diagnostiziert in Europa eine »wachsende Hinwendung zum Eigenen und Nationalen« und deutet das zu Recht als Folge der Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger angesichts der Banken- und Schuldenkrise. Diese Diagnose bleibt jedoch einigermaßen ambivalent, denn gleichzeitig schwärmt er »Was auch immer geschehen mag, dieses Europa nimmt uns keiner mehr.«

Maks Kritik am Euro ist ästhetisch unterlegt: Der Euro ist »unecht, virtuell zusammengesetztes Zeug, Geld ohne Seele.« Er trauert dem alten niederländischen Gul-

den nach – dem »schönsten Geld der Welt«. Der Autor driftet zwischendurch immer wieder ins Assoziative ab, aber mit seiner Schlussthese hat er sicher Recht: »Das Wichtigste ist, dass innerhalb Europas die Politik und die Demokratie wieder in den Mittelpunkt gerückt werden.« Insgesamt enttäuscht dieser Essay über weite Strecken.

Ulrich Beck: Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise. Suhrkamp, Berlin 2012, 80 S., € 7,99.

Daniel Cohn-Bendit/Guy Verhofstadt: Für Europa! Ein Manifest. (Übersetzt von Philipp Blom) Hanser, München 2012, 141 S., € 8,00.

Robert Menasse: Der europäische Landbote. Die Wut der Bürger und der Friede Europas. Zsolnay, Wien 2012, 112 S., € 12,50.

Geert Mak: Was, wenn Europa scheitert. (Übersetzt aus dem Niederländischen von Gregor Seferens) Pantheon, München 2012, 144 S., € 9,99. ■

Karin Priester

Ohne Kompass im Gedankensteinbruch

Slavoj Žižek und andere ergründen die Idee des Kommunismus

Karin Priester

(*1941) lehrte Soziologie an der Universität Münster und ist im Beirat der NG|FH.

priestek@uni-muenster.de



In Krisenzeiten wie diesen gehen Millionen von Menschen auf die Straße, um gegen Verarmung, Arbeits- und Perspektivlosigkeit und die ungebrochene Macht des globalisierten Finanzkapitals zu protestieren. Der Ruf nach Systemalternativen hat auch die radikale Linke erfasst, die das Banner des »Kommunismus« zur Reinigung trägt.

Unter Kommunismus kann man dreierlei verstehen: ein historisch gescheitertes Projekt, eine transhistorische platonische Idee oder eine reale, aus den gesellschaftlichen Widersprüchen erwachsende soziale Bewegung. Der erste Aspekt – das Scheitern des kommunistischen Projekts und die Gründe dafür – wird in den beiden hier vorzustellenden Werken kurz und bündig abgehandelt: Die Linke des 21. Jahrhunderts könne mit der erstarkenden Mili-

tanz im Zuge der derzeitigen Finanzmarktkrise endlich die »Selbstbetrachtung, Zerknirschung und Selbstkasteiung« nach dem Ende der Sowjetunion ablegen, denn die »Zeit der Schuld« sei vorbei. Ist sie das? Welchem Rechten würde man diese Nonchalance im Umgang mit einer, gelinde gesagt, hoch problematischen Geschichte durchgehen lassen?

Das zweibändige Werk ist aus einer Tagung am Londoner Birkbeck Institute (2009) und einer Berliner Konferenz (2010) hervorgegangen und versammelt 28 Texte von Vertretern der radikalen Linken. Zwei der Herausgeber, die Philosophen Alain Badiou und Slavoj Žižek, stehen für die zwei hier vertretenen »Linien«: eine antimarxistische, mystisch-platonische (Badiou) und eine jakobinisch-leninistische (Žižek). Für Badiou hat Kommunismus als »reine« Idee einen Ewigkeitsstatus. Geschichte ist die Abfolge von Erstarrung und Verkrustung auf Seiten der Herrschenden, hervorgerufen durch Institutionalisierung (Bürokratie, Parteien, Staatsapparate) und dem kontingenten Aufbrechen dieser erstarrten Strukturen durch revolutionäre »Ereignisse« als Bruch mit der normalen